

Deutscher Lehrerverband Hessen

Landesvorsitzende	An den Eichen 8, 34599 Neuental Tel. 06693-1420 Fax 06693-1394
Edith Krippner-Grimme	e-mail: Deutscher-Lehrerverband-Hessen@gmx.de www.dlh-hessen.de



Neuental, 30. Januar 2014

Erwartungen und Forderungen des Deutschen Lehrerverbandes Hessen (dlh) an die neue Landesregierung

Die Hauptversammlung des Deutschen Lehrerverbandes Hessen (**dlh**) begrüßt die im Koalitionsvertrag verbrieftete Zusage der neuen hessischen Landesregierung, die bis zum Jahr 2019 frei werdenden Lehrerstellen im System zu belassen. Sie erwarten allerdings, dass diese Stellen auch an den Schulen ankommen und nicht in virtuellen oder visionären Projekten versickern.

Der **dlh** anerkennt die durch die verabschiedete Landesregierung bereits initiierten Verbesserungen, erwartet jedoch in der kommenden Legislaturperiode einen deutlichen Abbau der Belastungen der hessischen Lehrerschaft.

Mit besonderer Genugtuung nimmt der **dlh** den Plan zur Abschaffung des Landesschulamtes, dessen Einrichtung bereits fast durchgängig abgelehnt wurde, zur Kenntnis. Er fordert, die dadurch frei werdenden Ressourcen für eine Verbesserung der Bedingungen an den hessischen Schulen zu verwenden.

Auch stößt der Wille, keine Schulform, die vor Ort akzeptiert wird, abzuschaffen, auf große Zustimmung seitens des **dlh**.

Gespannt wartet der **dlh** auf die Ergebnisse der Prüfung der Erweiterung der Grundschul-Studentafel in den Fächern Deutsch und Mathematik.

Als positiv wertet der **dlh** den Ansatz des geplanten flächendeckenden Ausbaus des Projekts „Lernen und Arbeiten in Schule und Betrieb“ (SchuB), um für die betroffenen Schülerinnen und Schüler die Verzahnung zur Arbeitswelt weiter zu intensivieren.

Um Inklusion an den allgemeinen Schulen so zu verankern, dass sie gelingen kann, werden umfangreiche Ressourcen zur Verfügung gestellt werden müssen.

Damit Schülerinnen und Schüler gut ausgebildet werden können, werden gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer benötigt. Der **dlh** bewertet die Beibehaltung des Staatsexamens und des Referendariats als positiv, wird sich aber energisch gegen eine weitere Verkürzung des Referendariats aussprechen. Auch wartet der **dlh** immer noch auf die Entlastung für Mentorinnen und Mentoren. Weiterhin kritisch sieht der **dlh** das Praxissemester in der vorgesehenen Form. Sollte dieses über die Projektphase hinaus flächendeckend eingeführt werden, so fordert der **dlh** eine angemessene zeitliche Entlastung für alle Lehrkräfte, die Praktikantinnen und Praktikanten betreuen und begleiten.



Der **dlh** fordert auch ein erweitertes, vor allem fächer- bzw. unterrichtsbezogenes Fortbildungs- und Weiterbildungsangebot; dieses muss von Lehrkräften im Rahmen ihrer Dienstpflicht kostenlos genutzt werden können.

Die Ausweitung der Umwandlung von Schulen in Selbstständige Schulen wird der **dlh** kritisch begleiten. Für Schulen, die diesen Weg beschreiten, müssen entsprechende Rahmenbedingungen geschaffen werden. Gleichzeitig darf die Versorgung dieser Schulen aber nicht zu Lasten der Versorgung der Schulen gehen, die diesen Weg nicht einschlagen wollen.

Energisch wehrt sich der **dlh** gegen das wiederholte Sonderopfer zu Lasten der hessischen Beamtinnen und Beamten:

Wer motivierte und engagierte Lehrerinnen und Lehrer beschäftigen möchte, muss für attraktive Arbeitsbedingungen sorgen!

(beschlossen auf der Hauptversammlung des dlh am 15. Januar 2014 in Frankfurt/M.)

